Nr. 226a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
6. Mai 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

74. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) tritt für Uebergang zur Tagesordnung ein.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) beantragt, die Petition zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. **Hirsch** (Berlin, fr. Vp.):

Heute sind unendlich viel Frauen und Mädchen darauf angewiesen, sich ihren **Lebensunterhalt selbst zu erwerben**, außerhalb des Hauses, außerhalb der Familie, und deshalb sind sie darauf angewiesen, sich in der Oeffentlichkeit zu bethätigen und auch in die Oeffentlichkeit zu gehen, ihre Erwerbsbedingungen zu verbessern. Wenn man sieht, wie die Frauen es verstehen, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzuarbeiten, wie sie als Künstlerinnen, als Medizinerinnen, Schriftstellerinnen und in der Wohlfahrtspflege Hervorragendes leisten, so versteht man nicht, wie man ihnen Vereinsthätigkeit verbieten will. Wo die Frauen die Rechte bereits haben, die sie bei uns erstreben, in Nordamerika, in Skandinavien, hat es nirgendwo zu Unzuträglichkeiten geführt. Mir ist nur ein einziger Fall bekannt, aber der ist eben mehr Sache des Temperaments als des Geschlechtes. Durch den gegenwärtigen Zustand wird jede sozialpolitische Thätigkeit unterbunden. Weil das die verständigen Behörden eingesehen haben, drückt man ja auch gern ein Auge zu und ist tolerant. Man geht in der Toleranz zum Theil recht weit. Ich erinnere zum Beispiel an die **Versammlung des Bundes der Landwirthe** im Circus Busch und seine Damen. Es kann aber auch für Sie (nach rechts) wieder anders kommen. Bestehend ist es auf jeden Fall für den einen Theil unserer Bevölkerung, daß er nicht an den Bestrebungen theilnehmen darf, wozu die andere Hälfte berechtigt ist. Wir bitten deshalb, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.):

Ich bin mit den meisten Ausführungen des Vorredners nicht nur nicht einverstanden, sondern **stehe prinzipiell auf dem entgegengesetzten Standpunkte.** Ich will auf die intellektuellen Eigenschaften nicht eingehen. Aber die christliche Auffassung ist es nicht, die der Vorredner hier ausführte. Mulier taceat in ecclesia. Ihre Aufgabe verweist die Frau in erster Linie in die Familie, in das Haus; sie soll in den Kindern den Idealismus fördern, zu dem der Mann wegen seiner starken öffentlichen Bethätigung nicht dieselbe Ruhe, Sammlung und Veranlagung hat. Die natürlichen und physischen Grenzen in der verschiedenen Veranlagung der Geschlechter lassen sich nicht durch Machtspruch aus der Welt schaffen.

Abg. Dr. **Müller** (fr. Vp.):

Mit den Emanzipationsbestrebungen hat die Petition nichts zu thun. **Es handelt sich nur darum, einen unhaltbaren Zustand zu beseitigen.** Wir bekämpfen, daß über die Duldung der Frauen Polizeiorgane zu entscheiden haben. So kommt es, daß **nicht nur die Versammlungen** verschieden **behandelt werden,** sondern auch die einzelnen Redner. Ich wohnte z. B. einer Versammlung bei, in der die Frauen ruhig bleiben durften, sobald ich aber das Wort nahm, mußten die Frauen das Lokal verlassen. (Hört, hört! links.) Ich wundere mich über die Haltung des Centrums. Im Reichstag ist doch das Centrum selbst für die Zulassung der Frauen zu den sozialpolitischen Vereinen eingetreten. Man sagt: die Frau gehört in die Familie. Gewiß! Aber wie viel Frauen giebt es, die gezwungen sind, den Kampf ums Leben, den Kampf mit den Männern aufzunehmen! Selbst Freikonservative wollten den Frauen im Reichstag doch das aktive Wahlrecht geben. **Wir wollen im Versammlungsrecht gesetzliche Bestimmungen, keine Polizeiwillkür.** In ruhigem Fahrwasser sollen die Verhandlungen geführt werden. Waren denn etwa die Verhandlungen im Circus Busch so temperamentvoll? Wir wollen keine verschiedenartige Behandlung der Frauen nach Parteien. Indem wir diese Frauenpetitionen zur Berücksichtigung empfehlen, glauben wir geradezu eine ideale Aufgabe zu erfüllen. (Sehr wahr! links.) Wir sind zu unserer Forderung um so mehr berechtigt, als die Befugnisse der Frauen ja auch durch das bürgerliche Gesetzbuch erweitert sind. (Beifall links.)

Darauf wird ein **Antrag auf Schluß der Erörterung** gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Hierdurch wurde, wie wir besonders bemerken wollen, der freisinnigen Vereinigung, für welche der Abg. Pelkasohn sprechen wollte, das Wort abgeschnitten.

Der Kommissionsantrag auf **Uebergang zur Tagesordnung** wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen angenommen.

Als Material überwiesen wird der Regierung nach dem Kommissionsantrage (Berichterstatter Abg. Sielermann, kons.) die Petition des Rittergutsbesitzers Krieg in Gräfenhain um Erleichterung der Patronatslasten.

Die **Petition des Magistrats zu Posen** um Verbesserung der Vertretung der posenschen Städte auf dem Provinziallandtage soll nach dem Antrag der Kommission als Material überwiesen werden. — Auf Antrag des Abg. Pelasohn (fr. Vg) wird die Petition von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Dr. Göscher (natl.) hat beschlossen, die Petition von Tzehl und Gen. in Berlin um **Abschaffung der für Subaltern- und Unterbeamte als Disziplinarstrafe bestehenden Arreststrafe** durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt zu erklären.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.)

bittet um Ueberweisung zur Berücksichtigung. Beim Militär bestehe die Arreststrafe ja allerdings auch, aber doch für alle Rangstufen; das sei bei den Beamten nicht der Fall. Es sei für diese Strafe ins Feld geführt, daß sie nur in den allerschlimmsten Fällen der Insubordination angewandt werde. Das sei nicht richtig, es seien ihm Fälle bekannt, daß diese Strafe auch verhängt sei, weil die Beamten in angeheitertem Zustande in den Dienst gekommen seien. Die Erklärungen der Ministerien zeigten, daß diese Strafe ganz verschieden gehandhabt werde. Zum Finanzministerium herrsche die humanere Auffassung. Die Beamten, die nur durch Arreststrafen angehalten werden könnten, ihre Pflicht zu thun, solle man lieber beseitigen. **Ueber 120,000 Beamten schwebe jetzt das Damoklesschwert der Arreststrafe.** Die Thatsache, daß die Petition 4500 Unterschriften aufweise, zeige, wie wichtig die Angelegenheit sei. Die Hebung der allgemeinen Bildung und die veränderte Auffassung des Begriffs Strafe forderten die Beseitigung der Arreststrafe. In Rußland möge man auf administrativem Wege eine solche Strafe einführen können, bei uns dürfe das nicht geschehen. (Beifall links.)

Geheimer Finanzrath **Enke:**

Ein Unterschied in der Auffassung über die Strafe zwischen dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium besteht nicht. Bei uns ist allerdings die Arreststrafe nur selten angewandt, **sie wird auch wohl bald formell beseitigt sein;** für den äußeren Dienst läßt sich die Strafe aber nicht beseitigen.

Damit schließt die Besprechung.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Petition des Kaufmanns und Schiffsrheders Zimmermann in Demmin um Aufhebung der Polizeiverordnung betreffend den Schiffsverkehr auf der Peene an der Kahldenbrücke im Hafen Demmin wird nach dem Kommissionsantrag (Berichterstatter Abg. Dr. v. Quistorp-Trenow, kons.) zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition des Mühlenbesitzers Schülken in Oberwiese bei Waltrop um Entschädigung für Abschneidung eines Weges durch den Dortmund-Ems-Kanal wird nach dem Antrag der Kommission (Berichterstatter Abg. Jürgensen (natl.)) zur Erwägung überwiesen.

Eine Petition des Detaillistenverbandes für Hessen und Waldeck fordert Verbot der Betheiligung von Beamten, Geistlichen und Lehrern an der Verwaltung handeltreibender landwirthschaftlicher Genossenschaften.

Die Kommission, Berichterstatter Abg. Lückhoff (freik.), beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **Eckels** (natl.):

Ich will dem Kommissionsantrag nicht widersprechen, muß aber betonen, daß die Forderung der Petition zweifellos berechtigt ist. Es giebt großartige genossenschaftliche Unternehmungen, die den soliden Handelsstand schwer schädigen. Ich sehe davon ab, einen Antrag auf Ueberweisung zu stellen, weil der Instanzenweg von den Petenten noch nicht erschöpft ist.

Abg. **v. Mendel-Steinfels** (kons.):

Soweit ich das Genossenschaftswesen kenne, sind Geistliche und Lehrer bei der Verwaltung großer Genossenschaften nicht betheiligt. Wo sollten sie dazu auch die Zeit hernehmen? Die Lehrer und Geistlichen nehmen also nur an der Verwaltung kleiner örtlicher Genossenschaften Theil. Dagegen können keine Bedenken vorliegen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Petition des **Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin** fordert bessere Berücksichtigung der Gewerbetreibenden aus den Steuerklassen III und IV bei der Errichtung einer Handelskammer in Berlin.

Die Kommission, Berichterstatter Abg. Wiersdorff (natl.), beantragt Ueberweisung als Material. Der Antrag wird ohne Erörterung angenommen.

Zwei **Petitionen von Hebammen** fordern **gesetzliche Regelung der Einkommensverhältnisse der Bezirkshebammen** und Errichtung einer Pensionskasse für Hebammen. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. **Winkler** (kons.)

stimmt dem Antrage zu, weist aber darauf hin, daß unser preußisches Hebammenwesen nicht auf der Höhe der Zeit stände. Andere Bundesstaaten leisteten darin viel mehr. Man müsse aber noch abwarten, ob sich die Absicht der Regierung verwirklichen lasse, eine reichsgesetzliche Versicherungspflicht der Hebammen durchzuführen. Es ist bedauerlich, daß dies ganze wichtige Gebiet den Kommunen überlassen sei.

Geheimer Medizinalrath Dr. **Dietrich:**

Der **Mängel** des **preußischen Hebammenwesens** sind **wir uns bewußt.** Die Regierung schenkt dieser Angelegenheit große Aufmerksamkeit. Bei einer Neuregelung der Verhältnisse der Bezirkshebammen wird den Bezirken die Verpflichtung aufzuerlegen sein, in irgend einer Weise für die Besoldung aufzukommen. Es wird in Erwägung zu ziehen sein, ob man auch den Kreisverbänden eine derartige Verpflichtung auferlegen kann.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Petition des Rittergutsbesitzers Kennemann und Genossen in Klenka um Erlaß eines Gesetzes über die Ablösung des Kirchenpatronats wird nach dem Antrag der Kommission (Berichterstatter Abg. Sielermann, natl.) als Material überwiesen.

Zur Erwägung wird überwiesen die Petition des Brennereibesitzers Conen in Aachen um Wiederbewilligung eines Privatthheilungslagers für inländischen Branntwein.

Die Petition des Hofners Meyer in Heringsdorf, Kreis Oldenburg in Holstein um Erlaß einer Grundsterenzlichabidigungsrente wird nach dem Antrag der Kommission, Berichterstatter Abg. Frhr. v. Dobeneck (kons.), der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Dr. **Krause**

schlägt dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Berichte der Rechnungskommission, Gesetzentwurf betr. Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, Gesetzentwurf betr. Voraussetzungen bei Wegebauten, Petitionen, **Antrag** Dr. **Langerhans** (fr. Vp.) betr. **fakultative Feuerbestattung.**

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) zur Geschäftsordnung:

Ich möchte mir die Anfrage gestatten, ob wir nicht eine Uebersicht über die gegenwärtige Geschäftslage bekommen könnten. Soviel ich weiß, ist der **Berathungsstoff** im Wesentlichen **aufgearbeitet.** Wir sind morgen Nachmittag möglicherweise in der Lage, nach Hause gehen zu müssen. Es ist doch besser, wir gehen bei Zeiten nach Hause und kehren frühzeitig zurück als daß wir jetzt noch lange sitzen.

Vizepräsident Dr. **Krause:**

Die Entschließungen des Herrn Präsidenten hängen davon ab, ob wir noch heute oder morgen **eine größere Vorlage** der Staatsregierung erhalten. Es soll dann die erste Lesung dieser Vorlage noch vor Pfingsten auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bestimmtes kann ich heute aber nicht sagen, ich möchte meinerseits auch den ersten Präsidenten nicht vorgreifen. Soweit ich übersehen kann, werden wir sonst morgen oder übermorgen in die Ferien treten können.

Abg. Dr. **v. Heydebrand:**

Dann möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Vorlage Freitag oder Sonnabend nach Himmelfahrt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wenn die Vorlage vor Pfingsten nicht mehr auf die Tagesordnung käme, hätte sich die Regierung das selbst zuzuschreiben.

Schluß nach 3 Uhr.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 5. Mai, 1 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben, v. Podbielski, Frhr. v. Hammerstein, Schönstedt.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die **Berathung des Etats.**

In der allgemeinen Debatte spricht

Generalberichterstatter Graf **v. Königsmarck**

sein Bedauern darüber aus, daß der Etat diesmal nicht rechtzeitig verabschiedet ist. Redner rühmt die **Verdienste** des verstorbenen Ministers Dr. **v. Miquel,** der 1866 preußischer Unterthan geworden sei und mit seinem hellen Geiste sofort erkannt habe, daß Preußen nur groß werden könne unter einer Verfassungsmonarchie und unter Unterstützung Derer, die durch die Geschichte mit dem preußischen Staate verbunden sind. Seine Hauptverdienste seien die Steuerreform, die Tilgung der Staatsschulden und die Erhöhung der Beamtengehälter. Auch dem Eisenbahnwesen, der Kunst und Wissenschaft und der sozialen Gesetzgebung habe er seine Aufmerksamkeit zugewandt.

Graf **v. Mirbach:**

Bei verschiedenen Gelegenheiten, das letzte Mal bei Anwesenheit der Deputation einer Anzahl von Reichstagsabgeordneten, richtete Fürst Bismarck an die versammelten Herren die sehr scharfe Mahnung, sie möchten sich mehr mit den Fragen des Reiches beschäftigen. Ich werde dieser Mahnung Folge leisten. Die wichtigsten Fragen auf dem Gebiete der Wirthschaftspolitik unterstehen der Kompetenz des Reiches, der Reichstag muß sie genehmigen. Die Zusammensetzung und die Leistungsfähigkeit des Reichstages sind daher von entscheidendem Einfluß auf die Gesammtheit der deutschen Nation. Der Zolltarif vom Jahre 1879 wurde in der Zeit vom Februar bis zum 14. Juli zu Stande gebracht trotz der sich damals vollziehenden schweren Kämpfe zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern. **Seit England Getreidezölle eingeführt hat, ist der Kampf in der ganzen Welt zu Gunsten des Schutzzolls entschieden;** die Kämpfe um Reichstage bewegen sich nur auf dem Felde der Bemessung der Sätze für die einzelnen Produktionszweige. Ich nehme natürlich aus die **Bestrebungen der radikalen Parteien,** die, wie der Herr Minister v. Podbielski sehr zutreffend bemerkt hat, **aus Haß gegen das platte Land diese Frage in das politische Machtgebiet übertragen wollen.** Aus den Abstimmungen der damaligen Verhandlungen geht hervor, daß die Präsenz 350 und mehr betragen hat. In nahezu derselben Präsenz wurden die Verhandlungen der Novelle zum Zolltarif vom Jahre 1887 erledigt. Heute ist bei den wichtigsten Fragen die Präsenz außerordentlich gering. In der Diätenlosigkeit kann der Grund der Beschlußunfähigkeit nicht liegen, ebensowenig in den fünfjährigen Legislaturperioden. Der Grund liegt nach meiner Meinung sehr viel tiefer. Der zweite Reichskanzler trat eine reiche Erbschaft, ich möchte sagen, eine erdrückende Erbschaft an. Er war ihr keineswegs gewachsen, und die Konsequenz davon ist, daß der gegenwärtige Kanzler eine sehr viel minderwerthige Erbschaft angetreten hat, die man im gewöhnlichen Leben nur zum beneficio inventarii antritt. Was den früheren Reichskanzlern ihr Prestige gegeben hat, das war die gewaltige Person des ersten Kanzlers. So lange es sein Gesundheitszustand erlaubte, erschienen die Abgeordneten, die seinem Hause näher standen, jeden Tag in den Theestunden von 9 bis 11 Uhr bei ihm, es wurde dann über Wirthschaftspolitik diskutirt, und dies gesellschaftliche Leben im Hause des Kanzlers war in der That von der höchsten Bedeutung. An die Stelle der Bismarckschen klaren, entschiedenen und zielbewußten Politik im Innern und nach außen ist dann eine Politik „Wir nehmen das Gute, wo wir es finden, getreten. Der Kurs mit dem bekannten Namen bewegte sich eine Zeit lang in der Richtung des Kampfes gegen den Umsturz. Aber das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen ließ der Reichstag in der Versenkung verschwinden, er bereitete ihm nicht einmal ein anständiges Begräbniß. Die schwankende Politik mußte natürlich die radikalen Elemente hochtreiben. Ein anderer Mißstand ist, daß es im Reichstage von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken an geeignetem Rednerchoch fehlt. Im Vordergrunde des Kampfes stehen immer noch diejenigen Parlamentarier, die schon seit langen Jahren diesen Kampf führen. Ich würde es **beklagen, wenn man im Reichstage Diäten einführen wollte.** Zunächst müßte man das geheime Wahlrecht beseitigen; erst dann ließe sich über die Diätenfrage reden. Das allgemeine Wahlrecht ist ein sehr starkes rein demokratisches Band, das der erste Kanzler um das neu begründete Reich geschlungen hat. Ich glaube, daß in keiner Partei, auch auf der rechten, irgend Jemand gewillt ist, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln. Wir haben es und werden daran festhalten. Aber in dem geheimen Wahlrecht erblicken wir eine schwere Gefahr. Dieser Ansicht war auch Fürst Bismarck. Die Konsequenz der Bewilligung von Diäten wäre die **Beseitigung des geheimen Wahlrechtes,** dieses Nährbodens der Sozialdemokratie, und ich bin überzeugt, das Centrum würde in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie bei dem offenen Wahlrecht viel bessere Erfolge haben, der feste Organismus der katholischen Kirche braucht das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Wenn man den auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechtes gewählten Abgeordneten Diäten bewilligt, so würde das nur dazu führen, in allen Parteien ohne Ausnahme die radikalen Elemente hochzubringen, das heißt diejenigen, die geneigt sind, Versprechen zu machen ohne Rücksicht auf die Möglichkeit ihrer Erfüllung, die besonnenen Elemente aber würden beseitigt, und das wäre verhängnißvoll, nicht blos für den deutschen Reichstag, sondern auch für den Bestand des deutschen Reiches. Möge Gott dem ersten Beamten des Reiches und des Staates die Kraft geben, Preußen und Deutschland in festem Kurse so zu leiten, wie es gefeitet wurde, als es sich den ersten Platz unter den großen Nationen errang! Eine solche Politik ist aber nur durchführbar, wenn sie sich stützt auf eine gerechte und vollkommene nationale Wirthschaftspolitik. (Beifall.)

Fürst Ferdinand **Radziwill**

kommt auf die Rede des Grafen Hoensbroech bei der Berathung der Vorlage betreffend den Erwerb von Bergwerkseigenthum für den Staat zurück. Es sei anzuerkennen, daß Graf Hoensbroech die Regierung ersucht hat, die kirchlichen Bedürfnisse der polnischen Arbeiter zu befriedigen; wenn aber Graf Hoensbroech vor den polnischen Geistlichen gewarnt und die Gefahr der sogenannten großpolnischen Agitation geschildert habe, so müsse er dem widersprechen. Der Agitation geschildert habe, so müsse er dem widersprechen. Der Begriff der großpolnischen Agitation werde sehr verschieden aufgefaßt; die Gottesfindung des Nationalgefühls der Polen betrachte Graf Hoensbroech schon als Landesverrath. Die polnischen Arbeiter besäßen als preußische Unterthanen das Freizügigkeitsrecht, sie könnten sich ihr Brod suchen, wo sie wollen, und es sei nur natürlich, daß sie die Traditionen ihrer Heimath pflegen und zu diesem Zwecke Vereine gründen. Daß die Seelsorge Sache der Kirche sei, gebe er zu. Wenn aber gesagt werde, daß polnische Geistliche landesverrätherische Tendenzen proklamirten und deshalb im Rheinlande und Westfalen nicht zugelassen werden dürften, dann müsse er auf das Entschiedenste und Feierlichste dagegen Widerspruch erheben. Eine solche Insinuation müßte jedenfalls mit anderen Beweisen belegt werden, als sie Graf Hoensbroech in der Lage war, anzuführen. Das Centrum habe doch durch die jahrzehntelangen parlamentarischen Verhandlungen erfahren, mit wie wenig Wohlwollen die Regierung die katholische Kirche in Preußen behandle. Er müsse es deshalb bedauern, daß Graf Hoensbroech, ein Katholik, in dieser Weise aufgetreten sei, anstatt der Regierung ins Gewissen zu reden, daß sie der Thätigkeit der Geistlichen für die betreffenden Bevölkerungskreise jede Erleichterung und Hilfe zu Theil werden lasse.

Minister Frhr. **v. Rheinbaben:**

Auf die vom Grafen Mirbach angeschnittenen Fragen kann ich nicht eingehen. In seinem eigenen wohlverstandenen Interesse **warne ich das Haus davor, sich mit Angelegenheiten des Reiches zu beschäftigen.** (Heiterkeit.) Den Schlußworten des Grafen Mirbach stimme ich allerdings bei. Das **Streben des Reichskanzlers ist stets dahin gegangen, eine Wirthschaftspolitik zum Schutze unserer nationalen Arbeit zu treiben.** Das hat der Reichskanzler bewiesen. (Beifall.) Auf die Rede des Fürsten Radziwill wird wohl Graf Hoensbroech selbst antworten. Ich bemerke nur, daß wir der katholischen Kirche nicht mißtrauisch gegenüberstehen, wohl aber den Bestrebungen der Polen, die sich überall von den Deutschen absondern. Ich spreche hier auf Grund meiner genauen Kenntnisse der Verhältnisse im Westen. (Beifall.)

Graf **v. Hoensbroech:**

Leider haben die Hetzereien in der polnischen Presse einen großen Umfang angenommen. Die Deutschen werden als Feinde, als Feinde, als Satanas bezeichnet, als Leute, die mit Hühnern und Schweinen zusammen essen. (Heiterkeit.) Die Deutschen werden als die ärgsten Schufte und Judasse hingestellt, hingestellt, die preußische Könige werden des Eidbruches beschuldigt, es wird gesagt, Preußen verdunke Polen seine Existenz. (Gelächter.) Diesem Treiben muß auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. In meinen früheren Ausführungen über die polnische Geistlichkeit habe ich mich nur in allgemeinen Ausdrücken bewegt; die Rede des Fürsten Radziwill nöthigt mich, auf Einzelheiten einzugehen. Es giebt polnische Geistliche, die die Hetzereien der polnischen Presse direkt unterstützen, Geistliche, die die Religion der Politik dienstbar machen. Die Polen sprechen immer nur von ihren Rechten, aber